

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

1 (2.1.1919)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatlich 1.20 M., 1/2jährlich 3.60 M., Zugewandt durch unsere Träger 1.90 bzw. 3.90 M.; durch die Post 1.34 M. bzw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.85 M. bzw. 3.90 M., vorausschickend

Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/4 u. 2-1/8 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonielzeile od. deren Raum 20 Z. Platzanzeige billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluss der Annahme 79 vorm. für große Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

### Frauen und Mädchen!

Eine Frau, die am 5. Januar einen Zentrumszettel abgibt, ist ihres Wahlrechtes unwürdig. Eine Frau, die Zentrum wählt, beschimpft sich selbst, denn das Zentrum hat erst vor einem halben Jahr im badischen Landtag das Frauenwahlrecht niedergestimmt.

### Zum Entwurf einer neuen badischen Verfassung.

(Von Stadtrat Dr. Dieck-Karlsruhe.)

XXIII.

Fortsetzung des Textvorschlags.

IV.

Kollegiale und Schutzrechte der Volksvertretung.

§ 47.

Der Landtag tritt kraft eigenen Rechtes am zehnten Tage nach dem Wahltage in Karlsruhe zusammen, prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der gewählten Abgeordneten anwesend ist. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer.

Im unmittelbaren Anschluss hieran beruft er gemäß § 7 und 60 dieser Verfassung die Mitglieder des Staatsministeriums.

§ 48.

Die Mitglieder des Landtags sind berufen, über die Gegenstände ihrer Beratungen nach eigener Ueberzeugung abzustimmen. Sie sind Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Die Mitglieder des Landtags können ihr Stimmrecht nicht anders als in Person ausüben.

§ 49.

Beamte bedürfen keines Urlaubes zum Eintritt in den Landtag. Wenn ein Mitglied des Landtags ein hohes Staatsamt annimmt oder im Staatsdienst in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höherer Gehalt verbunden ist, so verliert er dadurch Sitz und Stimme nicht.

§ 50.

Kein Mitglied des Landtags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getretenen Meinungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden, innerhalb des Landtags aber lediglich nach Maßgabe der Geschäftsordnung.

Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Landtags bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

§ 51.

Kein Landtagsmitglied kann während der Dauer der Versammlung ohne ausdrückliche Erlaubnis des Landtags verhaftet werden, den Fall der Ergreifung auf frischer Tat begangenen Verbrechen im Sinne des R. Str. G. V. ausgenommen.

Auf Verlangen des Landtags wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Landtags und jede Straf-, Untersuchungs- oder Zwangsmaßnahme für die Dauer der Landtagsperiode aufgehoben.

§ 52.

Der Landtag verfaßt sich nach eigenem Beschluß und bestimmt die Zeit seines Wiederzusammentritts. Er tritt schon vorher wieder zusammen, wenn der Präsident oder das Staatsministerium ihn berufen. Die Berufung durch den Präsidenten muß binnen 14 Tagen erfolgen, wenn sie bei ihm von 1/2 der Abgeordneten verlangt wird.

Die Berufung durch das Staatsministerium muß binnen 4 Wochen erfolgen, wenn sie von einer nach § 5 Abs. 3 zur Volksinitiative berechtigten Anzahl von Staatsangehörigen verlangt wird.

Der Landtag kann auch jederzeit ohne Berufung wieder zusammentreten und ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Abgeordneten sich an der Versammlung beteiligt und derselben zustimmt.

§ 53.

Eine Auflösung des Landtags vor Ablauf der Landtagsperiode kann erfolgen

entweder durch eigenen Beschluß des Landtags, wozu die für Verfassungsänderungen vorgeschriebene Stimmenmehrheit erforderlich ist,

oder durch das Staatsministerium, wenn es von einer nach § 5 Abs. 3 zur Volksinitiative berechtigten Anzahl von Staatsangehörigen verlangt wird und bei der innerhalb 4 Wochen nach Einreichung der Unterschriften beim Staats-

ministerium anzueraumenden Volksabstimmung die Mehrheit der stimmberechtigten Staatsangehörigen diesem Verlangen beitrifft.

Die Auflösung bewirkt, daß alle für diese Landtagsperiode Gewählten ihre Mitgliedschaft verlieren.

In beiden Fällen hat das Staatsministerium gleichzeitig mit der Auflösung die Neuwahlen anzueraumen, welche längstens binnen 30 Tagen nach der Auflösung stattfinden müssen.

§ 54.

Es besteht ein ständiger Ausschuss aus dem Präsidenten der letzten Sitzung und 6 anderen Mitgliedern des Landtags, dessen Wirkungskreis auf die ihm durch die Verfassung oder durch besondere Beschlüsse des Landtags überwiesenen Gegenstände beschränkt ist.

Dieser Ausschuss wird vor dem Schluß des Landtags, auch bei jeder Vertagung desselben, durch relative Stimmenmehrheit gewählt. Jede Auflösung des Landtags zieht auch die Auflösung des, wenngleich schon gewählten, Ausschusses nach sich.

### Die Vorgänge in Berlin.

W.D. Berlin, 30. Dez. Aus dem Bericht des Sozialdemokratischen Pressedienstes ist über die Groß-Berliner Massenkundgebungen für die Regierung noch folgendes nachzutragen: Am Morgen hatte sich die Kunde von dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung in Berlin verbreitet. Dieses neue Ereignis gab der Veranstaltung noch ein besonderes Gesicht. Es wurde zum Anlaß, der nunmehr rein mehrheitssozialistischen Regierung ein verklärtes Vertrauensvotum zu erteilen. In den gehaltenen Ansprachen kam überall die Erwartung zum Ausdruck, daß die jetzige Regierung — nunmehr der Fesseln am Bein ledig — ihre neuermordene Handlungsfreiheit benutzen werde, um mit aller Energie Ordnung und Ruhe in Berlin zu schaffen. Als besondere Forderung wurde die Absetzung des linksradikalen Polizeipräsidenten Eichhorn durch Heben und vorgetragen. Wir wollen keinen Militarismus, weder einen wilhelmschen noch einen roten! Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Heldentaten der Deserteure! Diebstahl und Blinderungen dürfen nicht mehr vorkommen! Wir wollen eine gesicherte Freiheit der Presse, des Wortes und der Person! Das war der Grundzug aller Ansprachen, die an die Massen gehalten wurden und bei ihnen stürmischen Beifall fanden. Wo Regierungsmitglieder sich zeigten, wurden sie stürmisch bejubelt und zur Energie ermahnt. Eine ganz besondere Sublimation aber bereitete das Volk von Berlin dem Genossen Otto Wels, der erst im Friedrichshain sprach, dann an der Spitze eines Zuges von vielen Tausenden durch die Stadt zog und vor dem Reichstag wie vor der Kommandantur weitere Ansprachen halten mußte. Von den Versammlungsorten aus formierten sich Züge, deren jeder einzelne eine durchschnittliche Stärke von 20 000 bis 30 000 Menschen erreichte. Alle strebten nach dem Königsplatz. Dieser bot um die dritte Nachmittagsstunde einen überwältigenden Anblick. Der größte Platz der Welt war vollständig mit Menschen bedeckt. Trotzdem strömten noch aus den Zugangsstraßen immer neue Massen heran. Ganze Regimenter der Berliner Garnison marschierten in Reih und Glied mit, die Regimentsstabellen voran. Die Flieger demonstrierten, indem sie mit ihren Flugzeugen den Platz umkreisten. Genio rückten große Betriebe geschlossen an, die Post- und Eisenbahnangestellten in unübersehbaren, uniformierten Zügen. Vom Reichstag marschierte die Menge nach dem Reichskanzlerpalast. Von dem Reichskanzlerpalast zog eine große Menge nach dem Vorwärtsgebäude. Der freche Knud des „Vorwärts“ durch die Spartakisten am ersten Weihnachtsfeiertage war ja das Ereignis gewesen, das dem Fasch den Boden ausgeschlagen hatte. Die Zahl der Demonstranten am Sonntag dürfte mit einer halben Million insgesamt noch zu gering geschätzt sein. Sie liefert den unwiderleglichen Beweis, daß die Groß-Berliner Massen mit unerhörlicher Geschlossenheit hinter der alten sozialdemokratischen Partei und hinter der Regierung Ebert-Scheidemann stehen.

\*

Der „Vorwärts“ wendet sich in scharfer Abwehr gegen den Beschluß des Spartakusbundes, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen, sie vielmehr von der Straße her mit Gewalt zu verhindern, und die Nationalversammlung mit Gewalt zu sprengen. Die Wahlen, erklärt das Blatt, würden selbstverständlich stattfinden, und die Nationalversammlung würde abgehalten werden. Sollte die Nationalversammlung infolge ungenügender Sicherheit nicht in Berlin stattfinden können, was eine unaußersichtliche Schmach für Berlin wäre, so werde sie an einem anderen sicheren Ort Deutschlands stattfinden. Die Ausföhrung der Spartakusleute, in diesem Falle eine besondere Regierung in Berlin zu gründen, bleibt für den „Vorwärts“ ein Mittel, da sowohl die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung wie auch die Arbeiter- und Soldatenräte gegen Spartakus stehen. Das Treiben des Spartakusbundes bezeichnet das Blatt als verbrecherisch und furchtbar. Man müsse mit Festigkeit, aber ohne Nervosität entgegenzutreten werden. Es sei selbstverständlich, daß niemand ein öffentliches Amt bekleiden oder Waffen tragen dürfe, der nicht entschlossen sei, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes mit dem ganzen Aufgebot seiner Kraft zu schützen.

### Der Sozialismus und die Intellektuellen.

II.

Karlsruhe, 2. Januar.

Die kurze geschichtliche Skizze über das Verhältnis der Intellektuellen zum Kapitalismus, die wir im Einleitungsartikel gaben, hat die Unhaltbarkeit dieses Verhältnisses darzutun verlernt. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist mit dem Problem der angemessenen Bezahlung und der richtigen Reichtverteilung gegenüber den Berufsangehörigen der Künste und Wissenschaften nicht halbwegs in dem Maße fertig geworden, wie es eine staatlich-gesellschaftliche Ordnung leisten kann. Sie hat, um es kurz zu rekapitulieren, die Extreme der Unter- und Ueberbezahlung, der Mißachtung und der Ueberhäufung in der Weise einreihen lassen, daß immer Hunderttausende unter der ersten gelitten haben, während ein paar Dutzend sich der zweiten erfreuen durften. Wenn also eine geistliche Logik, an die unsere zeitgenössischen Intellektuellen als Neugeborenen und Neumarkysen glauben, wirklich im Gange der Ereignisse enthalten ist, so sind die Dinge auch hier für eine Revolution reif, die in die Bahn des Sozialismus einlenken muß.

Nun ist eine derartige Entwicklung ganz und gar nicht nach dem Willen von vielen Intellektuellen. Es sind das nicht nur Wissenschaftler und Künstler, die auf der Sonnenseite der kapitalistischen Kunst stehen, sondern auch solche, die erst auf bornenvollem Passionsweg dahin gelangen können. Sie fühlen nicht sozialistisch, sondern bürgerlich. Das im Grunde anarchistische Prinzip des Kapitalismus, jenes Spiel des freien Wettbewerbes ungebundener Kräfte, sagt ihrer Sympathie auch auf ihrem Gebiet mehr zu als eine organisationsmäßige Konkurrenz nach sozialistischen Grundzügen. Da ist nichts zu machen. Man kann ihnen nur durch den Hinweis auf die Erfahrung zu verstehen geben: sehet doch, wie es euch gegangen ist, erwägt, wohin ihr noch kommen könnt. Und noch eines kann man ihnen zur Befinnung anheimgeben, ein sehr brutales Argument: der Sozialismus wird kommen, auch für euch Intellektuelle, die ihr widerstrebt, wird er kommen, aber: wenn nicht mit euch, so gegen euch. Eure Rolle aber wird, wenn geschehen ist, dann genau die zweifelhafte sein, wie diejenige gewisser Politiker, die in der Nacht vom 9. zum 10. November ihre Gesinnung demokratisch unrevolutionär gehalten und seit dem 11./11. unablässig versichern, daß sie immer schon bei der Partei waren, immer schon eine Liebe für Republik und Sozialismus gefühlt und still befeindet haben.

Andere, viele andere Intellektuelle streben aus Gründen des Klasseninteresses den Sozialismus ab, abhören zu müssen. Sie sagen, die Sozialdemokratie sei die Partei der Arbeiter, der Subalternbeamten und sonstiger schlecht bezahlter Angestellten, aber eine Vertreterin der geistigen Arbeiterkategorie sei sie nie gewesen und könne sie nie sein.

Hier steht die Sache nun anders als mit „einen Intellektuellen von gefühlsmäßiger Homogenität gegen den Sozialismus. Man hat es hier mit einer Ansicht zu tun, die ein Irrtum ist. Die Künstler und Wissenschaftler dieser Denkrichtung gehören zur Sozialdemokratie. Es ist nur nötig, ihre falsche Meinung vom Sozialismus zu berichtigen.

Das ganze Malheur hierbei besteht darin, daß man den Begriff der Arbeiterkategorie gewohnheitsmäßig zu eng faßt. Man denkt beim Worte Arbeiter immer nur an eine Kategorie von Werkstätten, die bei einem materiellen Produktionsprozeß äußerlich sichtbare Kraftanstrengungen verrichten, die, einfach gesagt, Hand ans Werk legen. Der Tischler schneidet, der Bäcker heizt, der Industriemachinist usw. ja! Das sind Arbeiter, aber der Arzt, der Rechtsanwalt, der Leiter eines Kunststudiums nimmermehr! Die gehören zu den freien Berufen und sind weit Gott etwas, aber niemals Arbeiter. Es liegt klar zutage, daß diese Auffassung mit durch die Eitelkeit der Intellektuellen verfaßt wurde, welche es für ihre erste Landespflicht betrachteten, Abstand oder — wie man vornehmer mit reichlichem Ausdruck sagt — Distanz zwischen sich und den Kategorien der „eigentlichen“ Arbeiter zu halten. Es hilft aber nichts: jene und diese Berufsangehörigen sind Arbeiter und keiner braucht sich dessen zu schämen. Das volkswirtschaftliche Moment, welches ihre Zusammengehörigkeit bewirkt, liegt in der Tatsache, daß sie alle Einkommen durch selbstgeleistete und nur durch selbstgeleistete Arbeit beziehen. Die Unterschiede des Einkommens mögen sehr beträchtliche sein und denjenigen Intellektuellen, welche vor der Vereitigung dieser Unterschiede durch die Sozialdemokratie besorgt sind, sei es tröstlich versichert, daß kein Sozialdemokrat an die Aufhebung differenzierter Einkommen denkt. Dennoch bleiben die Mitglieder der geistigen Erwerbszweige und die körperlich sich abmühenden Berufen eine Klasse von Arbeitern durch das gemeinsame Moment der Selbstverwirklichung des Einkommens. Ein Gegensatz besteht nicht zwischen diesen beiden Gruppen von Berufsausübenden; sie stellen eine Einheit dar und ihr gemeinsamer Gegensatz ist der Kapitalist. Denn das Einkommen des Kapitalisten ist nur zum geringsten Teil selbstverarbeitet, der größere Rest ist, wie Karl Marx unwiderlegbar nachgewiesen hat, das Ergeb-



Die Sozialdemokratie ist ebenfals bereit, für die Beamten einzutreten, ganz besonders für die niederen, für die Staatsarbeiter und für die Maria des Beamtentums, die Lehrer. Kein Beamter, der auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung steht, hat Anlaß zum Eintritt in eine bürgerliche Partei oder Berufsorganisation. Laßt euch nicht einjagen! Die Sozialdemokratie gewährleistet dem Beamten Manches, das ihm von den bürgerlichen Parteien, besonders von Anhängern des Zentrums und der Rechten in der Praxis mehr oder weniger verjagt wurde. In der Lösung der Messer- und Gabelfrage des Beamtentums wird keine Partei hinter der anderen zurückstehen wollen. Aber der Beamte hat auch Interessen ideeller, geistig-kultureller Art, und die sind bei den meisten Bürgerlichen schärfelst aufgehoben. Denken wir nur einmal, wie die verfassungsmäßig garantierte Gewissens- und Meinungsfreiheit unter dem alten Regime gehandhabt wurde. Der Beamte, über dessen Saupste nur der leiseste Verdacht schwebte, daß er in sozialdemokratischen Gedankenbahnen wandle, war höheren Orts sofort unten durch. Er wurde von den Spitzeln und Schmeichlern hoher Vorgesetzter, die zum großen Teil Schlingel noch höherer Herren waren, belächelt und ausprobiert. Wer sich erlaubte, ein Wort über die soziale Lage zu sagen, wurde als „schwarz“ oder „rot“ bezeichnet, und ein solches Wort, das die Würde eines Beamten zu nennen, was ein Saustall war, der durfte sicher sein, das gelegentlich schwer büßen zu müssen. Man hat ihn gesellschaftlich gemieden, über die Achsel angesehen und bei guter Gelegenheit in die „Wüste“ verjagt bis er „schwarz“ wurde, wie der schöne doppelstimmige Ausdruck lautet. Gefühlsverwundung und geheimes Verächeln, angeregt und unterföhrt von den über jeden Verdacht demokratischer Anwandlungen erhebener Vorgesetzter ging beim Beamtentum ins Unerwartete; was auf diese unangenehme Weise an „Dichtung und Wahrheit“ seinen Weg fand in die Personalakten eines armen, aufrechten Beamten, der das Herz auf dem rechten Fleck, aber leider kein Blatt vor dem Mund hatte, das schreit zum Himmel. Credite experto! Wer vorwärts kommen wollte, — und welcher Beamte will das schließlich nicht! — der mußte den Mantel nach dem obrigkeitlichen Winde hängen und mit den Wölfen heulen, oder in diesem Fall besser gesagt, mit den vorgelegten Schafen blöfen. Er mußte, je nachdem, fleißig die Gottesdienste, die Kaiserbankette und die Honorarvorkommnisse besuchen; er mußte in Kriegerversammlungen, in pietätvoller Frömmerei, oder in Jugendweihen teilnehmen, und was dergleichen wohlgeleitete Unternehmungen mehr sind.

Jeder Beamte, jede Beamtin, die auf dem Lande amtiert haben, können aus persönlichem Erleben Duzende von Fällen anführen, die beweisen, daß der Beamte als Mensch und Staatsbürger in unwürdigen Verhältnissen gehalten wurde, daß er eine von der vorgeschriebenen Norm abweichende Meinung nur hegen durfte, wenn er bereit war, dafür ein Martyrium in Kauf zu nehmen, das ihm das Leben nahezu unerträglich machte. Die Herren Vorgesetzten, die reaktionären Beamtenschaft, die hinaufgehobenen Protégés der feudalaristokratischen Herrschaft im Lande sitzen noch alle auf ihren Posten und hoffen auf einen günstigen Wahlausfall, der sie in ihrer autokratischen Machtvollkommenheit bis auf weiteres sicherstellt. Beamtinnen! Tut ihnen den Gefallen nicht! Ihr habt jahrelang die Faust im Saal ballen müssen. Jetzt ist Gelegenheit, für niedrige Gefühlsverwundung und demerksliches Denunziantentum die Quittung zu erteilen. Laßt euch nicht, soweit ihr unseren Ideen nahe steht, in bürgerliche Beamtenorganisationen einfangen. Es besteht die Absicht, die sozialistisch gesinnten Beamten eigens zusammenzuschließen. Seit regelmäßig den „Volksfreund“, dann werdet ihr das Nähere erfahren. Fürs erste haltet euch an die Parole: **Wahltag — Zähltag!**

Ein Bauernjäger.

Bruchsal, 28. Dez. Alle Lädenhüter sucht der „Druckfalter Bote“ wieder neu aufgeföhrt und aufgebügelt an den Mann, oder eigentlich an die Frau zu bringen, denn die Männer glauben doch nicht mehr, da dieser Bote schon so oft aufgewärmt wurde; man serviert ihn also den Frauen in einer „Wahlrede für Frauen“. Das Blatt schreibt da unter anderem: Das sozialistische Programm bezieht in bezug auf das Eigentum: „Die sozialistische Bewegung

Städten Halt gemacht werden, in deren Bereich sich bisher ein Hoftheater befand, das nunmehr Staatstheater geworden ist. Verbleibt dieses Theater in staatlicher Verwaltung, so hat die Stadt Zuschüsse zu leisten, geht es in städtische Regie über, so sind ihm staatliche Zuschüsse zu gewähren. Die vom Staat so ersparten und weitere Geldmittel sind für die Theater anderer Städte und des platten Landes (Städtebundtheater, Landhaftstheater) zu verwenden.

Die Anwendung öffentlicher Mittel an die Theater hat planmäßig auf Grund einer einheitlichen, das Ganze berücksichtigenden Regelung zu erfolgen. Ist die einzelne Gemeinde wirtschaftlich nicht stark genug, um ein eigenes Theater gemäß den Anforderungen, die an eine Kulturanstalt zu stellen sind, zu führen, so hat sie sich kraft Gesetzes mit anderen Gemeinden zu einem Zweckverband zur Führung von Städtebundtheatern zusammenzuschließen. Ähnlich sind für die kleineren Gemeinden (flaches Land, Industrieorte) Landhaftstheater im provinzialen oder kommunalen Eigenbetrieb zu bilden. Die Verhandlungen der Gemeindeverbände sind von den Staatsbehörden anzuregen und zu führen. Die Zentralstellen haben die Grundzüge aufzustellen und die allgemeinen Anordnungen zu treffen. Oberste Instanz in allen diesen sowie überhaupt in allen künstlerischen und kulturellen Theaterangelegenheiten sind die Kultusministerien. Ein Reichskulturamt ist anzustreben. Das Vorbild für die Sozialisierung des Theaters gibt die Sozialisierung des Schulwesens ab. Die Kultusministerien haben die staatliche Regelung des Theaterunternehmens- und Prüfungsamtes in die Wege zu leiten und die Aufsicht über das Theaterunternehmens- und Prüfungsamtes zu führen. Die Gesetzgebung des Theaters arbeitsrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Natur ist im Geiste seiner sozialen und kulturellen Bestimmung zu bewerkstelligen. Um die Eintrittspreise so zu verbilligen, daß das Theater für alle Schichten des Volkes zugänglich wird, bedarf auch das sozialisierte Theater eines wichtigen Hilfsmittels: der Organisation des Publikums und der Zusammenarbeit mit den Organisationen, vor allen denen der Arbeiter und Angestellten

strebt nichts anderes an, als die Ueberführung der Produktionsmittel usw. Was enthält dieser Programm für die Landwirtschaft? Er bezieht: „Alle Sachen, mit denen Gebrauchsgüter erzeugt werden, sollen ihren Eigentümern genommen und der Gesellschaft übertragen werden. Demgemäß sollen also dem Bauer Felder, Wiesen und Wälder genommen werden, wenn das sozialdemokratische Programm durchgeführt wird. Das Pferd im Stalle und die Kuh auf der Weide, der Pflug im Schuppen und der Weizen in der Scheune gehören also, so differt eines Tages der sozialdemokratische Präsident der Republik, fortan nicht mehr dem Bauer, nicht mehr dem rechtmäßigen Besitzer, sondern der ganzen Gesellschaft.“

Das ist also die Weisheit des Bruchfalter Zentrumsblattes. Daß er diesen Wahn nur in der „Wahlrede für Frauen“ unterzubringen sucht, zeigt ja an deutlichsten, was er selber von seinen Behauptungen hält, denn Männern würde selbst ein Zentrumsblatt solche Dinge nicht mehr vorzulesen wagen. Aber auch die Frauen fallen auf solchen Schwindel nicht mehr herein, es wird bergeliche Liebeshöhle sein, die sich der Bruchfalter Wahnwörter da macht. Die Frauen werden auf diese niedrige Einschätzung am 5. Januar die richtige Antwort geben.

Ein „demokratischer“ Pfarzer. In Ulmstadt wurde mit einer sehr gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung kürzlich in der Wahlkampf eingetreten. Als Redner war Gen. Arbeitersekretär Gipp-Karlsruhe erschienen, der in 1 1/2 stündigem trefflichen Vortrag die Ursachen der Revolution darlegte, um dann auf die bevorstehenden Nationalwahlen und die Stellung der Sozialdemokratie dazu zu sprechen zu kommen. Der Redner erteilte lebhaften allgemeinen Beifall. „In der Diskussion ergriff der Ortsgeistliche das Wort. Zunächst glaubte man, wenn man dem Herrn Pfarzer zuhörte, einen Demokraten vom echten Schrot und Korn vor sich zu haben, sogar vom ganz linken Flügel; er erklärte sich beinahe mit allem, was die vorläufige Regierung an Forderungen in Aussicht gestellt hat, einverstanden. Aber zum Schluß konnte es der Herr doch nicht über das Herz bringen, sich von der reaktionären Seite zu zeigen, und ein bißchen in Sozialistensprache zu machen. Er verhielt sich nämlich den geistlich anwesenden kleinen Landwirten vor der Sozialdemokratie quäselich zu machen, indem er behauptete, die Sozialdemokratie wolle den Bauern das Land wegnehmen; er sagte dies, sogleich Arbeitersekretär Gipp-Karlsruhe und hat ausgeführt, daß wir zur Aufrechterhaltung unserer Ernährung einen freien, unabhängigen Bauernstand auf eigener Scholle haben müssen. Hat das der Herr Pfarzer überhört? Selbst mit der Trennung von Staat und Kirche ist er „beinahe“ einverstanden, nur hat er die Versicherung, daß kein Religionsunterricht in der Schule mehr gehalten werden dürfe! Vom Frauenwahlrecht ist er kein Freund, da meint er, die Frau gehöre ins Haus und nicht in die Politik. Wo die Frau während des Krieges war, weiß der gute Herr anheimelnd nicht, oder hat ers schon vergessen. Der Beifall, den der Herr Pfarzer für seine fast 1/2 stündigen Ausführungen erhielt, war äußerst mäßig. Er wird schon daraus ersehen haben, wie der Wind in Ulmstadt weht; am 5. Januar wird er es noch deutlicher merken.

Quittung für den Wahlford der Sozialdemokratischen Partei. Für den Wahlford des 3. Kreises gingen weiter ein: Liste Nr. 156: 4.— M.; Nr. 157: 19,50 M.; Nr. 159: 17,20 M.; Nr. 160: 6,90 M.; Nr. 161: 29.— M.; Nr. 162: 22.— M.; Nr. 163: 20.— M.; Nr. 164: 56.— M.; Nr. 165: 3,80 M.; Nr. 168: 93.— M.; Nr. 381: 42.— M.; Nr. 369: 13.— M.; Nr. 187: 35.— M.; Nr. 399: 16.— M.; Nr. 174: 73,50 M.; Nr. 175: 42.— M.; Nr. 921: 26,81 M.; Nr. 888: 6.— M.; Nr. 889: 14,20 M.; Nr. 951: 32,90 M.; vom Verband der Freien Gast- und Schankwirte 50.— M.; Freie Turnerschaft Durlach 15,57 M.; zusammen 637,38 M.; vorher quittiert 5264,86 M.; zusammen 5902,24 M.

Weitere freiwillige Beiträge nehmen entgegen die Vertrauensleute der Partei, Expedition und Redaktion des „Volksfreund“, sowie der Parteisekretär A. Adels, Wilhelmstraße 47. Telefon 2300.

Veranstaltungen im 3. Wahlkreis.

Schöner Erfolg im Bural. Aus Ottenau wird uns berichtet: In einer bis zum letzten Platz des Saales „zum Löwen“ besetzten öffentlichen Volksversammlung sprach kürzlich Verkehrsminister Rückert-Karlsruhe über Frauenwahlrecht und Nationalwahl. Die Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung und als erster Erfolg der überzeugenden, trefflichen Worte des Redners kann die Aufnahme von 30 neuen Mitgliedern für die Partei verzeichnet werden. Auch am 5. und 19. Januar wird die Bevölkerung Ottenaus ihren Mann stellen.

Gernsbach, 29. Dez. Einen schönen Erfolg zeitigte eine Versammlung unserer Partei im nahen Loffenau. Gen. Schulverwalter Hoffmann von Gernsbach behandelte in einer trefflichen Rede das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft, er widerlegte all die Schauerreden, die von gewissen interessierten Seiten, sowohl des Zentrums wie der Demokraten, vorgebracht werden, um die Bauern der Sozialdemokratie abspenstig zu machen. Der Erfolg der trefflichen Ausführungen war der Beitritt von 18 neuen Mitgliedern, darunter 9 weiblichen, zur sozialdemokratischen Partei. Vorwärts überall!

Durlach, 31. Dez. Am nächsten Samstag, den 4. Januar, wird in einer in der Turnhalle der Hindenburgschule stattfindenden öffentlichen Volks- und Wählerversammlung die derzeitige Minister für Kultus und Unterricht Genosse Friedrich Stöckinger aus Forstheim ein letztes Wort an die Wähler und Wählerinnen zur kommenden Nationalwahl richten. An die Einwohnerschaft ergeht das Ersuchen, in Massen zu erscheinen. Wie immer ist auch für diese Versammlung freie Diskussion zugesichert.

Veranstaltungen im 2. Wahlkreis.

Ministerpräsident Geiß in Offenburg. Samstag Abend sprach im Dreifönigsaal in einer überfüllten Versammlung der Präsident des bad. Staatsministeriums Gen. A. Geiß über die kommenden Nationalwahlen. Mit großem Interesse folgten die anwesenden Frauen und Männer den Ausführungen des Redners und zeigten ihm lebhaften Beifall. — In der Diskussion beteiligte sich der Vorsitzende des Soldatenrates, Feldw. Postek, der den Soldatenrat und seine Tätigkeit gegen die Verleumdungen, unmaßgeblichen Angriffen verteidigte. Der Parteisekretär Dietrich von der unabhängigen Partei ludte an der vorläufigen Regierung heranzutreten, er machte der alten Sozialdemokratie zum Vorwurf, daß sie nicht bei Anfang des Krieges untersucht habe, ob es sich um einen Verteidigungskrieg oder um einen internationalen kapitalistischen Krieg gehandelt habe. Dietrich hat an demselben tergeffen, daß damals sowohl die Möglichkeit als die Zeit fehlte, große theoretische Unterredungen über die Ursachen des Krieges anzustellen. Bei Beginn des Krieges gab es für die Sozialdemokratie nur die Wahl, entweder sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, oder zu sehen, wie unsere Feinde in unire Heimat einziehen und unser Volk mit all den Leiden eines Krieges heimfuchen. Es wäre wirklich an der Zeit, wenn die Unabhängigen sich wieder unter der Fahne der geeinigten Sozialdemokratie einfinden würden, statt die alte Partei zum Centrum unserer Gegner in Versammlungen und Flugblättern heranzureufen.

Die Kanzelagitation. Aus Offenburg wird uns berichtet: Auf Sonntag, 29. Dez. hatte der hiesige protestantische Geistliche seine Gläubigen auf abends in die Kirche einberufen zu einer „Predigt“ mit dem Thema „Die Zukunft der protestantischen Kirche“. Als Redner war Prälat Schmittenner aus Karlsruhe erschienen. Es ging jedoch nicht lange, merkten die Anwesenden schon, daß sie nicht in einer Predigt, sondern in einer Wählerversammlung waren, denn in der Hauptfrage „behandelte“ der Herr Prälat die Sozialdemokratie; er erwähnte auch einderichtigste die Anwesenden, unter seinen Umständen sozialdemokratisch zu wählen, ja nicht einmal demokratisch. Die letztere Aufforderung wird dem heiligen Bistat Begrenger nicht so angenehm gewesen sein, da derselbe doch in eigener Person die protestantischen Familien aufsucht und sie auf die kommende Wahl stark macht für die demokratische Partei. Aber es wird den Herrschaften auch Meie Gehe nichts nügen: Das denkende Volk wird am Wahltag wissen, wo die eigentlichen Verfechter der Volksrechte sind und für die wirds seine Stimme abgeben.

für die Frauen.

An die Hausfrauen!

Das Wahlrecht zu den Nationalwahlen ist den Frauen durch die Regierung gewährleistet. Nun kommt es darauf an, daß jede einzelne sich ihrer Wahlpflicht bewußt wird. Vor allem andere gilt den Hausfrauen diese Mahnung. Die Schweigern in der Fabrik, in Kontor, im Laden, in der Werkstatt haben bereits zum großen Teil zu den Betriebsausschüssen, zu den Arbeiterräten gewählt. Sie wissen, daß sie die Leute ihres Vertrauens in die Gesetzgebung entsenden müssen, wenn ihre Interessen vertreten werden sollen. Die Hausfrauen haben durch die Wahlen zum Nationalrat zum erstenmale Gelegenheit, ihren Willen kundzutun und einen Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben.

Die Frau, welche sich bisher nur um ihren Haushalt, um das Wohl der Familien zu sorgen brauchte, hat es leichter gehabt, als die erwerbstätige Frau und Mutter, und dennoch war auch ihr Leben in diesen Kriegsjahren hart und überforder, und manche hat es gedacht und auch ausgesprochen: wenn die Frauen mitbestimmen könnten, dann wäre manches anders und besser. Besonders trifft dies für die Lebensmittel- und Bekleidungsverorgung zu. In unserem neuen Staat sollen nun die Frauen mitbestimmen. Darum ist es notwendig, daß sich auch alle Hausfrauen um die Politik kümmern. Sie müssen bei den Nationalwahlen der Partei ihre Stimme geben, welche für die geordnete, aber unbedingte Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsweise eintritt, welche uns Freiheit und Brot sichert; einer Partei, welche Männer und Frauen des wertvollen Volkes in Gesetzgebung und Reichsregierung entsendet. Dies ist die alte sozialdemokratische Partei Deutschlands (Arbeiterpartei). Sie hat praktisch gearbeitet für den Frieden, praktisch gekämpft gegen den Schleißhandel und praktisch gearbeitet für eine bessere Verorgung der Allgemeinheit.

Ihre Regierung wird dafür sorgen, daß wir geordnet durch die schwere Zukunft kommen. Darum müssen die Stimmen der Frauen, auch der Hausfrauen, bei den Nationalwahlen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehören.

Mara Bohm-Schuch.

Genossinnen, Mädchen und Frauen, die Ihr noch schwankt, hört mich!

Ihr zögert zum Teil, in unsere Reihen zu treten, weil Ihr glaubt, Ihr gehört nicht zu uns? Ihr zweifelt, ob die Buchhalterin, die Beamtin, die Studentin, die Hausangestellte, die in die Hausfrau unbedingt zur Sozialdemokratie eilen mußte? Ihr irrt Euch: alle, aber auch alle, die geknechtet sind, müssen zu uns kommen, wenn sie wollen, daß es aufwärts, vorwärts mit ihnen gehe.

Unsere Partei ist die Partei des Proletariats, die Handarbeiterin wird neben dem Handarbeiter in Zukunft wie bisher den Kern unserer Partei bilden. Aber die Geistesarbeiter und Geistesarbeiterinnen dürfen ihr nicht fern bleiben, seufzen wir doch alle unter dem gleichen Joch: dem des Kapitalismus, haben wir alle doch die gleichen Feinde: Mammonismus und Imperialismus, sind wir doch alle nur durch die Sozialdemokratie errettet worden aus der Sklavenherrschaft der Willkürherrschaft des Mannes.

Wenn wir heute gleich dem Manne im freien Staate aufrecht stehen dürfen, wenn wir an allen Rechten neben dem Manne teilhaben dürfen, wenn danken wir es anders als der Sozialdemokratie?

Jede von uns sollte den Namen August Bebel aussprechen wie den Namen eines Heiligen: er war der Führer unserer Befreier aus der Dumpschiff, aus der Knechtschaft. Fragt Ihr, wenn Ihr sein Buch: „Die Frau und der Sozialismus“ gelesen habt, noch warum wir Frauen Sozialdemokratinnen werden müssen? Wir müssen Sozialdemokratinnen werden, weil wir Frauen sind.

Baden.

Die Soldatenbeschwerden. Zwischen dem Landesausschuß der Soldatenräte Badens und dem Ministerium für militärische Angelegenheiten einerseits und dem Generalkommando des 14. Armeekorps andererseits sind folgende Vereinbarungen getroffen worden: 1. Der Landesausschuß der Soldatenräte betrachtet sich als dienige Instanz, die Anträge und Beschwerden der einzelnen Soldatenräte Badens beim Ministerium für militärische Angelegenheiten bzw. beim Generalkommando berträgt; 2. aus diesem Grunde sind Anträge, Beschwerden usw. der örtlichen Soldatenräte, soweit sie nicht ihre Erledigung im Einnehmen mit dem zuständigen Kommando gefunden haben, nur an den Landesausschuß der S. Räte und nicht an ein Ministerium oder das Generalkommando zu richten.

Das amtliche Verkündigungsweesen. Mit Beginn des neuen Jahres ist bekanntlich im amtlichen Verkündigungsweesen eine Neuordnung eingetreten. Sämtliche für den Amtsbezirk bestimmten amtlichen Bekanntmachungen werden in allen im Bezirk mit einer Auflage von mehr als 500 Stück mindestens dreimal wöchentlich erscheinenden Tageszeitungen veröffentlicht. Die sogen. Kopfbblätter erhalten die amtlichen Bekanntmachungen gegen Bezahlung nur für den Amtsbezirk, in dem das Blatt herausgegeben und gedruckt wird. Die bisherigen amtlichen Verkündigungsblätter kommen künftig in Wegfall.

Ausschellen der politischen Versammlungen. Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter beauftragt, den Bürgermeistern anzuweisen, daß sie dem Ansuchen, politische Versammlungen gegen Entrichtung der üblichen Gebühren durch Ausschellen bekannt zu geben, überall und ausnahmslos dort entsprechen mögen, wo schon selber der Brauch bestand, nichtamtliche Angelegenheiten auf Ansuchen in dieser Weise bekannt zu geben. Sollte ein Gemeinrat beabsichtigen haben, daß eine Mitwirkung der Gemeindeorgane bei der Bekanntmachung politischer Versammlungen nicht stattfinden solle, so soll dieser Beschluß durch Ausschellen aufgehoben werden.

Egersweier (A. Offenburg), 1. Jan. Die Scheune der Witwe Josef Dottle brannte vollständig nieder. Das Feuer entstand durch spielende Kinder.

Durbach (A. Offenburg), 1. Jan. Die Ehefrau des Hofbauers Benz wurde vor dem Stalgebäude des Hofes ermordet.

Adern, 1. Jan. Nachläßerwelle wurde in den Friedrichsbau eingebracht und fast die gesamte Theatergarderobe des hiesigen Kaufmannsvereins im Werte von über 9000 Mk. gestohlen.

Mannheim, 1. Jan. Für das hiesige Sammelkammer der affizierten Kriegsgefangenen ist ein Trupp amerikanischer Gefangener bereits hier eingetroffen. Wie es heißt, soll die Bewachung durch ein französisches Bataillon in Stärke von 1000 Mann durchgeführt werden.

Freiburg i. Br., 31. Dez. Hier hat sich ein Ausschuss vertriebener Esch-Bohrer gebildet, der sich mit allen durch die Ausweisung entstehenden Fragen befaßt, insbesondere mit dem Schutz des zurückgebliebenen Vermögens. Darauf bezügliche Formulare sind von der Geschäftsstelle, Freiburg i. Br., Holzmarkt-Platz 6, kostenlos zu beziehen. Ferner ist dem Ausschuss ein Adressenverzeichnis und Verzeichnis angegliedert.

Eine Mordtat.

Wiesloch, 31. Dez. Im benachbarten Waldorf wurde gestern Abend der Sparfassenrechner Georg Ludwig Riemesberger von dem Sparfassenrechner Wilmmer durch Messerschläge ermordet.

Wiesloch, 1. Jan. Zu der schweren Mordtat, die sich in Waldorf in der Nacht zum Silbestertag zugetragen, wird noch berichtet: Der Sparfassenrechner Riemesberger hatte bis Montag Abend 7 Uhr auf dem Kassenzimmer der Waldorfer Sparkasse gearbeitet und machte sich dann auf den Heimweg. Hier wurde er von dem Wächter Tagelöhner Wilmmer von Waldorf, der früher Gemeindefassensdiener gewesen, aber wegen Unterschlagungen aus dem Dienst entlassen worden war, überfallen und durch zwei Dolchschläge so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Der Mörder hatte die Absicht, dem Ermordeten die Kassenschlüssel abzunehmen, die Sparkasse zu bestehlen und dann zu fliehen. In diesem Vorhaben wurde er aber durch die schnell herbeikomenden Leute gehindert und festgenommen.

Aus der Partei.

Grödingen, 1. Jan. Parteigenossinnen und Genossen, Männer und Frauen der werktätigen Arbeit! Am Samstag den 4. Januar findet in der „Bärenhalle“ eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt, in welcher Malermeisterin Frau Neugebäude aus Durlach und Heinrich Fischer aus Karlsruhe über die Bedeutung der Nationalwahlen sprechen werden. Die Versammlung beginnt um 7 1/2 Uhr. Es ist dies die letzte Versammlung vor der Wahl. Die Arbeiterpartei muß zeigen, daß sie gerüstet ist. Auch unsere einquartierten Soldaten und Kameraden sind herzlich willkommen.

Ettingen, 31. Dez. Sozialdemokratischer Verein. Heute Donnerstag, 2. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Jette, 2. Stod, eine Parteiverammlung statt. Parteigenossen, zahlreich! Es gilt die letzte Arbeit zu tun. Der Wahltag kommt näher und damit wächst auch die Arbeit. Unsere Gegner rufen riefenhaft. Ihnen stehen andere Mittel zur Verfügung wie uns. Fleißige Mitarbeit eines jeden wird auch uns Erfolge bringen.

Walsch, 31. Dez. Nächsten Samstag, 4. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im „Walschberg“ eine Wahlvereinsversammlung statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Ehrensache, da die letzten Wahlvorbereitungen getroffen werden müssen.

Ob. Gombelshausen, 31. Dez. Nächsten Samstag findet im Gasthaus zur „Krone“ eine Mitgliederversammlung statt. Es wird vollständiges Erscheinen aller Mitglieder und Volksfreundleser verlangt. Der Wahltag steht vor der Tür, es sind noch verschiedene Wahlarbeiten zu erledigen. Keiner fehle deshalb!

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. Januar.

Gemeiner Perikoppschwindel. Von allen Parteien führt das Zentrum den Wahlkampf unanständigsten. Diese Partei war ja von jeher in der Wahl ihr Mittel nicht wählend, so daß man sich schon auf allerhand Dinge von jener Seite gefaßt machen mußte. Aber man darf in dieser Hinsicht vom Zentrum nie zu wenig erwarten. So wurde am gestrigen Feiertag hier ein Flugblatt verbreitet mit der Ueberschrift: „Mitru gegen Schwindelanfälle“. Es heißt darin mit Fettdruck: „Wer war denn Ende Juli 1914 für den Krieg?“

Das war die deutsche Sozialdemokratie. Um das zu beweisen, wird damit manöviert, daß die Sozialdemokratie am 4. August 1914 den Kriegskredit bewilligte und der badische sozialdemokratische Führer Dr. Frank freiwillig zur Fahne eilte.

Es ist schwer, gegen den Geist, der mit solchen Mitteln arbeitet, die richtigen Worte zu finden. Die deutsche Sozialdemokratie, die noch im Juli 1914 ihre Vertreter zu den Friedenskonferenzen in Genf und Basel sandte, um das Unheil noch in letzter Stunde abzuwenden, soll also „Ende 1914 für den Krieg“ gemeint sein. Es verriet schon eine durch und durch verläumpte Gesinnung, in dieser Weise zu argumentieren. Es sind die gleichen schwarzen Volksverräter, die im Interesse der Rüstungsindustrie früher die Rüstungskredite bewilligten und die früher immer die Sozialdemokraten gescholten haben, weil sie nicht mitmachten und angeblich das Vaterland wehrlos machen wollten. Glücklicherweise wissen das die meisten Wähler, jedoch das Zentrum mit seinem Wahlschwindel wohl nicht viel ausrichten wird. Das Zentrum hat es natürlich nur auf die ganz Dummen abgesehen, die keine Zeitung lesen, die überhaupt nichts wissen. Auf diese hat es von jeher spekuliert. Seine Spekulation soll aber dieses Mal zu schanden werden. Am 5. Januar ist die Wahlrechnung mit den Volksverrätern und das Zentrum hat noch bei jedem Volksverrat den Judas gemacht.

Tagenden. Die letzte Versammlung konnte wegen zu schwacher Besetzung nicht abgehalten werden. Es ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß die Zeitung zu spät eingetroffen ist und am Dienstag Abend nicht mehr ausgegeben werden konnte. Die Parteigenossen werden deshalb abeten, am Freitag Abend 7 1/2 Uhr im „Karlsruher Hof“ zu erscheinen. Besonders werden diejenigen, welche sich am Sonntag bei der Flugblattverbreitung beteiligen können, gebeten zu erscheinen. Parteigenossen! Es ist dies die letzte Versammlung vor der Wahl. Es weiß ein Jeder, mit wem wir es hier zu tun haben. Erscheint alle in der Versammlung. Hauptächlich am Sonntag gilt es bei der Wahlarbeit tätig zu sein. Die Strohpöbeln treffen sich am Sonntag früh um 7 1/2 Uhr im „Karlsruher Hof“.

Spenden. Herr Albert Cör, Inhaber der Dampfbranntweinnerei und Bierfabrik Heinrich Cör u. Söhne in Karlsruhe hat der Ortsauskunft Karlsruhe des Badischen Heimatschutzs 5000 Mk. überwiesen mit der Bestimmung, daß die Hälfte dieser Summe verwendet wird für bedürftige Kinder der Stadt, dem Vater im Felde gefallen ist.

Letzte Nachrichten.

Gemeinsames Vorgehen der jüdischen Einheiten.

Die „Karlsruher Zeitung“ berichtet, daß in einer Aussprache der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die am 27. und 28. Dezember in Stuttgart stattgefunden hat, einmütig beschlossen worden, künftig gemeinsam einzutreten auf: 1. Neueinrichtung des deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage, 2. Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung, 3. schnelle Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich. Vertreter der Regierungen der genannten jüdischen Staaten haben weiter beschlossen, in den Fragen des Lebensmittelbezugs aus dem Auslande ein gemeinsames Vorgehen anzustreben. Auf dem Gebiete der Kohlenversorgung haben die Regierungen erklärt, daß sie es für unerläßliche Pflicht der Reichs- und der preussischen Regierung halten, dort alsbald mit allen Mitteln für Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen und daß sie die Reichsregierung ersuchen möchten, über die ergriffenen Maßnahmen die jüdischen Regierungen alsbald zu unterrichten.

Die Franzosen in Mannheim.

Mannheim, 1. Jan. Heute morgen 6 Uhr trafen 2000 als Bewachungsmannschaft für die in Mannheim errichteten Gefangenen- und Sammellager bestimmten Truppen in Stärke von 1000 Mann hier ein.

Deutschland wehrlos.

Berlin, 1. Jan. Die Entente erklärt, wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, den Hauptzweck des Waffenstillstandes darin, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland zu verhindern. Der Geist, in welchem weitere Verhandlungen von seiten der Entente geführt werden, hängt also davon ab, die Entente zu überzeugen, daß Deutschland die Demobilisation ohne jeden Hintergedanken tatsächlich und so schnell wie möglich durchführt. Darum war es nötig, der Entente eine Uebersicht über die Fortschritte der deutschen Demobilisation zu bieten. Das ist von seiten der deutschen Waffenstillstandskommission zum Jahresabschluss in Form einer Note geschehen. Damit ist deutschseits die vollständige Ummöglichkeit einer Wiedereröffnung der Feindseligkeiten erweisen. Es wurde deshalb von der deutschen Waffenstillstandskommission angefragt, nunmehr weitere Erleichterungen für den Verkehr und die Verwaltung im besetzten Gebiete zu gewähren und an alle bereinigten Stippen der alliierten Kommandobehörden Verbindungsbeamte einzustellen. Diese sollen die Kontrolle der deutschen Polizeitruppen in der neutralen Zone, die Regelung örtlicher Anfragen sowie die Einreiseerlaubnis usw. erleichtern.

Essenkonferenzen.

Berlin, 1. Jan. Agence Havas. Der Zentralrat der Arbeiterpartei beschloß, daß die Sozialistenkonferenz in Lausanne eine interessierte und nicht eine internationale sein solle. Später werde darüber beschlossen werden, ob es am Orte sei, die deutschen Arbeiterparteiorganisationen zu der Konferenz anzulanden.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Ettingen. Sozialdem. Wahlverein. Heute Donnerstag, den 2. Jan., abends 8 Uhr, bei Jette Mitgliederversammlung. Es ist notwendig, daß jeder Parteigenosse erscheint. Freunde und Volksfreundleser sind willkommen. 271

Zentrumspartei Karlsruhe.
Schlußappell
für Frauen und Männer
am Freitag, den 3. Januar, abends 8 Uhr
im großen Festhalla, anl.
Redner:
Ernährungsminister Trum-Karlsruhe
Landtagsabgeordneter Geisfl. Rat Dr. Schofer-Freiburg
Eintritt frei! Saaleröffnung 7 Uhr. Freie Aussprache!
Eine beschränkte Anzahl numerierte Plätze für die obere Galerie sind ab Donnerstag, den 2. Dezember auf dem Parteisekretariat, Adlerstraße 42 L, zum Preise von 30 Pfg. zu haben. Auf der oberen und unteren Galerie ist Gelegenheit zur mantelgehenden Kleiderablage geboten. Personen, welche die Garderobe nicht benutzen, werden gebeten, den Ausgang durch die Garderoben zu vermeiden.
Der Ortsausschuß der Zentrumspartei.

Bekanntmachung.
Der Umtausch bezw. Abgabe von Bekleidungsstücken an nach dem 9. November 1918 ordnungsgemäß entlassene Geeresangehörige findet in Durlach, Jehmitstraße 3 (Mälzerei von Eckart u. Nege) wie folgt statt:
2. u. 4. Jan. an die Personen mit Anfangsbuchstaben A B C u. D
6. 7. 8. 9.
Die Abgabe von Stücken kann nur auf Grund einer Bescheinigung vom zuständigen Truppenteil erfolgen. Andere Bescheinigungen, z. B. von Soldatenräten, haben keine Gültigkeit.
Die Mannschaften, welche im Jahre 1918 erstmals zur Einstellung gelangten, haben keinen Anspruch.
Die weiteren Buchstaben werden jeweils in den Tageszeitsungen aufgerufen.
Bezirkskommando Karlsruhe.
Weißer Käse.
Verkauf von weißem Käse in den Fettverkaufsstellen Nr. 249 bis 251, einschl. von Donnerstag, den 2. Januar bis Samstag, den 4. Januar 1919, einschl. an die eingetragene Kundenschaft gegen die Lebensmittelkarte J Nr. 102. Rostmenge 1/2 Pfund. Preis 1 Mk. für das Pfund.
Karlsruhe, den 31. Dezember 1918.
Lehrer-Sekretariat der Stadt Karlsruhe.

Buchfrau
für vormittags 2-3 Stunden
sofort gesucht.
Kauf & Verkauf
Erbsengasse 3.
5-6 selbständige
Kesselschmiede
gesucht.
Maschinen- und Werkzeugmaschinen
Karlsruhe.
Karlsruhe (Baden).
Gebrauchter 6480
Kasernenofen
zu kaufen gesucht. Offerten unter
Nr. 6480 an die Geschäftsstelle
des „Volksfreund“.
Parteiliteratur
zu beziehen von der
Buchhdlg. Volksfreund
Luisenstraße 24.

# Sozialdemokratische Partei Rastatt.

Freitag, den 3. Januar, abends halb 8 Uhr  
im Lindenfaale in Rastatt

## Öffentl. Volksversammlung

Herr Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Diez und Frau Kunigunde  
Fischer aus Karlsruhe sprechen über:

### Die bevorstehenden Nationalratswahlen

Hierzu sind alle Wähler und Wählerinnen mit der Bitte um zahl-  
reiches Erscheinen freundlichst eingeladen.

### Volksrat Karlsruhe, Aufklärungsausschuss.

Donnerstag, den 2. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr

#### Vortrag

Dr. Hans Kampfmeyer:

### „Sozialismus und geistige Arbeit.“

Im grossen Rathssaal.  
Freie Aussprache! Eintritt frei!

### Die Versorgung von Kranken mit Brot und Mehl betr.

Unter Bezugnahme auf unsere Anordnung vom 25. Juli 1918  
geben wir hiermit bekannt, daß von Donnerstag, den 2. Januar  
1919 ab an die Stelle der Bäckereien, welche bisher Krankenbrot  
hergestellt haben, andere Bäckereien treten.

Wir geben nachstehend ein Verzeichnis der bisherigen und der  
neuen Krankenbrotbäckereien bekannt, von denen jede mit einer  
Nummer versehen ist. Die einer solchen Bäckerei seither zugewie-  
senen Kranken haben vom 2. Januar 1919 ab das Krankenbrot  
von derjenigen Bäckerei zu beziehen, welche die gleiche Nummer  
trägt.

Die Krankenbrotbäckereien dürfen das ihnen zur Herstellung  
von Wasserbrot und Zwieback überlassene Mehl nur für diesen  
Zweck verwenden; sie haben die eingenommenen Krankenbrotmas-  
sen gesondert an der Kassenstelle zu verzeichnen und sie erhalten  
eine neue Beizemehlzuteilung nur nach Maßgabe der abgelieferten  
Krankenbrotmarken.

Karlsruhe, den 30. Dezember 1918.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt, Die Geschäftsstelle.

6635

### Verzeichnis

der bisherigen:  
Krankenbrotbäckereien:

Altstadt:

1. Vogt August
2. Dennig Gustav
3. Reiff Karl
4. Wunsch Valentin

Weststadt:

5. Schroll Jakob
6. Reumöller Wilhelm
7. Neub Wilhelm

Südweststadt:

8. Schuster Franz
9. Laupe Karl
10. Haber Gottlieb

Südoststadt:

11. Seeger Ernst
12. Spitzer Ernst
18. Ray Fritz

Oststadt:

14. Koch Leopold
15. Wähler Heinrich
16. Greulich Adam

Mühlburg:

17. Stöhr Wilhelm
18. Sauer Christian
19. Schmidt Peter

Weiertheim:

20. Gundelfinger Jakob
21. Meißner Adolf

Grünwinkel:

22. Wödt Karl
23. Müller Gustav
24. Ganz Leopold

Mühlburg:

17. Stöhr Wilhelm
18. Sauer Christian
19. Schmidt Peter

Weiertheim:

20. Gundelfinger Jakob
21. Meißner Adolf

Grünwinkel:

22. Wödt Karl
23. Müller Gustav
24. Ganz Leopold

Mühlburg:

17. Stöhr Wilhelm
18. Sauer Christian
19. Schmidt Peter

Weiertheim:

20. Gundelfinger Jakob
21. Meißner Adolf

der künftigen:  
Krankenbrotbäckereien:

1. Seiter Ernst, Erbprinzen-  
straße 35.
2. Wierer Heinrich, Amalien-  
straße 3.
3. Pechmann Georg, Kronen-  
straße 42.
4. Hauser Rudolf, Durlacher-  
straße 35.

Südweststadt:

5. Rieg Josef, Körnerstr. 34.
6. Buerer Hermann, Mühl-  
straße 10.
7. Beller Gottlob, Grenzstr. 5.

Südoststadt:

8. Schleich Fritz, Karlstr. 95.
9. Meines Wilhelm, Garten-  
straße 40.
10. Baumann Anton, Sofien-  
straße 37.

Oststadt:

11. Pfaff Emil, Schützenstr. 30.
12. Ammer Friedrich, Luffen-  
straße 90.
18. Aloy Otto, Winterstr. 50.

Mühlburg:

14. Rieg Rudolf, Luffenstr. 88.
15. Klotz Karl, Ludwigs-Wilhelm-  
straße 14.
16. Lorenz Louis, Karl-Wilhelm-  
straße 36.

Weiertheim:

17. Häfner Karl, Rheinstr. 99.
18. Siebler Wilhelm, Linden-  
platz 4.
19. Herrmann Wilhelm, Herder-  
straße 5.

Grünwinkel:

20. Kreuzwieser Karl, Maria-  
Alexandrastraße 12.
21. Burkhardt Fritz, Mörscher-  
straße 10.

Mühlburg:

22. Maier Rudolf, Hauptstr. 26
23. Maier Gustav

Weiertheim:

24. Dannenmaier Gottfried,  
Kastanienbühlstraße 31.

### Wegen Inventur-Aufnahme

bleiben unsere Geschäftsräume vom 2. bis 5. Januar  
geschlossen.

Die Schublickerei des Badischen Frauen-Vereins  
Waldstraße 13. 6639

### Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat  
Mai 1918 unter Nr. 5049  
bis mit Nr. 6636 ausgestellten  
beim erneuerten Pfandbuche  
werden hiermit aufgefordert, ihre  
Pfänder bis längstens 7. Jan.  
1919 auszulösen oder die  
Scheine bis zu diesem Zeitpunkt  
erneuern zu lassen, widrigenfalls  
die Pfänder zur Versteigerung  
gebracht werden. 6428  
Karlsruhe, 23. Dez. 1918.  
Städt. Pfandleihkasse.

### 100 Postkarten 2, 3, 4, 5, 6 M.

Alle Sorten, Muster gratis.  
100 Briefmarken 1/2 von 12 M. an.  
P. Wagenknecht Verl. Leipzig 18

### Schwarzdruckerei

Druckerei, servieren über  
über unsere  
sachlich bewährten,  
patentamtlich geschütz-  
tortrommeln, Be-  
quem u. unsichtbar  
zu tragen. Verstell-  
empfohl. Glanz. Anerkennungen.  
Anis Versand München. 26 b.

### Druckerei

Druckerei, servieren über  
über unsere  
sachlich bewährten,  
patentamtlich geschütz-  
tortrommeln, Be-  
quem u. unsichtbar  
zu tragen. Verstell-  
empfohl. Glanz. Anerkennungen.  
Anis Versand München. 26 b.

### Bekanntmachung.

Die Wahlen zur verfassunggebenden badischen  
Nationalversammlung betr.  
Nr. 5821. Die am 5. Januar 1919 stattfindende Wahl zur  
verfassunggebenden badischen Nationalversammlung beginnt be-  
reit am Donnerstags 9 Uhr.  
Karlsruhe, den 30. Dezember 1918.  
Bezirksamt Karlsruhe.  
Dr. Hagenunger.

### Bekanntmachung.

Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen  
Nationalversammlung betr.  
Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalver-  
sammlung finden am 19. Januar 1919 statt. Nach § 6 des Reichs-  
wahlgesetzes vom 30. Nov. 1918 bildet Baden einen Wahlkreis,  
in dem 14 Abgeordnete zu wählen sind. Zum Wahlkommissar ist  
der Unterzeichnete vom Ministerium des Innern ernannt worden.  
Gemäß § 8 Absatz 2 der Verordnung zur Abänderung der  
Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen  
Nationalversammlung vom 19. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt  
Seite 1441) fordere ich hiermit auf, Wahlvorschläge bis spätestens  
zum 4. Januar 1919 an mich einzureichen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 in Baden zur  
Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie  
dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis  
zu wählen sind. Die Bewerber sollen mit Ruf- und Familiennamen  
aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort so  
deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein  
Zweifel besteht.

Die Bewerber sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.  
Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über  
seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.  
In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal  
vorgeschlagen werden.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unter-  
schriften die Angaben ihres Berufs oder ihres Standes und ihrer  
Wohnung beifügen.  
Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag sind außer den Zustim-  
mungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber Bescheinigungen  
der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Unterzeichner in die  
Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Gemeindebehörden  
haben solche Bescheinigungen auf Antrag gebührenfrei auszustellen.

In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann bezeichnet  
werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und  
dem Wahlaustritt zur Rücknahme des Wahlvorschlags sowie zur  
Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen (siehe unten)  
bevollmächtigt ist. An derselben Stelle kann ein Stellvertreter  
des Vertrauensmannes bezeichnet werden. Fehlt die Bezeichnung  
des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden.  
Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen  
Wahlvorschlägen angehören.  
Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden  
Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend  
spätestens am 12. Januar 1919 beim Unterzeichneten schriftlich  
erklärt werden. Verbundene Wahlvorschläge gelten den anderen  
Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Sämtliche Briefe an mich als Wahlkommissar sind an  
nachstehende Adresse zu richten: Ministerialdirektor Geheimrat  
Pffiferer in Karlsruhe (Ministerium des Innern).  
Karlsruhe, den 27. Dezember 1918. 263  
Der Wahlkommissar  
für den 33. Wahlkreis (Baden).  
Pffiferer.

### Bekanntmachung.

Die Preussisch-süddeutsche Klassenlotterie betr.  
Die Ziehung der 1. Klasse der 13. Preussisch-süddeutschen  
(289. Preussische) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Be-  
stimmung am 7. und 8. Januar 1919 stattfinden.  
Die Lose dieser Lotterie werden von den nachstehenden  
badischen Lotterieleitern ausgegeben:

- Baden-Baden: Götger, August, Kaufmann, Freiburg:  
Kober, Hugo, Kaufmann, Rode, Max, Kaufmann, Heidelberg:  
Guthmann, Major a. D., Kahlbach, Franz, Kaufmann, Karlsruhe:  
Göb, Ludwig, Bankier, Pecher, Fr., Bankvorstand, Kon-  
stanz: Gensel, Ernst, Fabrikant, Winter, Heinrich, Kaufmann, Laub:  
Zimmermann, Th., Kaufmann, Vöhring, Bader, Hermann, Kaufmann, Mannheim:  
Pecher, Joh. Fr., Kaufmann, Pforzberg:  
Geop., Kaufmann, Mosbach: Schirmer, Jos., Bankvor-  
stand, Offenburg: Gumb, August, Bankier, Pforzheim: Gumb,  
Erst, Buchbinder, Winter, Ed., Kaufmann, Weiertheim:  
Gumb, Karl, Bankier, Weiertheim: Schleichmann, Th., Kauf-  
mann.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1918. 6476  
Badische Landesbank, Karlsruhe.

### Städt. Arbeitsamt.

Der Stellennachweis für kaufmännische,  
technische und Büro-Angestellte wurde mit dem  
heutigen Tage an das Telephonnetz unter

Nr. 609

angeschlossen.

### Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.

Am 29. Dezember 1918 betragen die Krankenversicherungs-  
beiträge 4 1/2 % des Grundlohnes.  
An Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge sind für  
jede Woche zu entrichten:

in Sohnstufte	bei einem Arbeits- verdienst von täglich	Krankenver- sicherungs- beiträge	Invalidenver- sicherungs- beiträge	Dabon haben zu tragen					
				Ver- sicherter	Arbeitsge- ber	Kranken- verf.	Invaliden- verf.	Ver- sicherter	Arbeitsge- ber
	bis mit 1.09. M	22	18	14	9	28	8	9	17
I	1.10. M	2.49	54	34	36	17	58	18	17
II	2.50	3.49	81	42	54	21	75	27	21
III	3.50	4.49	109	50	72	25	97	36	25
IV	4.50	5.49	135	50	90	25	115	45	25
V	5.50	6.49	162	50	108	25	133	54	25
VI	6.50	7.49	189	50	126	25	151	63	25
VII	7.50	8.49	216	50	144	25	169	72	25
VIII	8.50	9.49	243	50	162	25	187	81	25
IX	9.50	und mehr	270	50	180	25	205	90	25

Für Versicherte ohne Entgelt betragen die wöchentlichen  
Krankenversicherungsbeiträge 15 Pf.

Auf Grund der Verordnung des Rates der Volksbeauftrag-  
ten und des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamts vom 22.  
November 1918 unterliegen vom 2. Dezember 1918 ab Be-  
triebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich  
gehobener Stellung Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken,  
Bühnen und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher der  
Krankenversicherungspflicht, wenn ihr regelmäßiger Arbeits-  
verdienst, einschließlich der Feuerungsbeihilfen, Kriegszulage  
und sonstigen Nebenbezügen nicht mehr als 5000 Mark Ent-  
gelt beträgt.

Die Anmeldung dieser Personen hat möglichst sofort zu ge-  
schehen.

Die seit Beginn des Krieges wegen des Ueberdreitens der  
Einkommensgrenze von 2500 Mk. aus der Kasse ausge-  
schiedenen Mitglieder, ebenso die beitragsberechtigten Ver-  
sicherten, deren Mitgliedschaft infolge Ueberdreitens der Ein-  
kommensgrenze von 4000 Mk. erloschen ist, haben, soweit  
nicht ihre Anmeldung als Pflichtmitglied in Betracht kommt,  
die Berechtigung, bis spätestens 13. Januar 1919 wieder ihre  
Weiterversicherung zu beantragen.

Rastatt, den 20. Dezember 1918.

Der Vorsitzende,  
Martin Schwab.

### Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

Wir ersuchen die verehrlichen Mitglieder, die  
Markenbüchlein pro 1918  
vom 2. Januar 1919 ab

in unserm Kontor, Roosstraße 20 (Eingang Kasse)  
zur Dividendenberechnung abzugeben und die neuen  
dagegen in Empfang zu nehmen.

6543

Der Vorstand.

### Fleischextrakt-Gratz „Ohnen“

in Qualität und Preis für ganz Deutschland behördlich genehmigt,  
dient zur Herstellung und Verbesserung aller Suppen und Soßen,  
gibt allen Speisen würzigen, kräftigen Fleischgeschmack und ist des-  
halb hinsichtlich Geschmack vollständig.

### Fleisch-Gratz.

Ohnen enthält ca. 40% Eiweiß, während in Knochenfleisch, fettfreiem  
Rindfleisch nur ca. 20% Eiweiß enthalten sind. Im Geschmack ist  
der Unterschied aber noch weit größer, denn 1 Pfund Ohnen gibt  
allen Suppen und alle Speisen den gleichen Fleischgeschmack wie  
ca. 10 Pfund Rindfleisch. Bei Verwendung von Ohnen  
empfindet man daher keine Fleischmangel mehr.

1/2 Pfund 1/2 Pfund 1/2 Pfund 30 Gramm-Dosen  
Preis: Mk. 5.25 Mk. 2.90 Mk. 1.60 45 Pfg.

In den meisten Geschäften der Lebensmittelbranche käuflich. Unsere  
Fabrik ist die älteste dieser Branche in Deutschland und ist Ohnen  
bereits am 30. Juni 1913 beim Kaiserlichen Patentamt in Berlin als  
Schutzmarke genehmigt. 6490

Mohr & Co., G. m. b. H., Altona/Elbe.

### Große helle Werkstätte

möglichst mit Kraftanschluß, per sofort zu mieten gesucht.  
Südoststadt bevorzugt. Offerten unter Nr. 6481 an die  
Geschäftsstelle des „Vollstreuer“.

## Konservatorium für Musik

der Landeshauptstadt Karlsruhe (Baden)  
zugleich Theaterschule (Opern- und Schauspielschule)  
früher Grossh. Konservatorium

**Neue Kurse aller Fächer beginnen am 15. Januar 1919.**

Die ausführlichen Satzungen sind kostenfrei zu beziehen durch die Direktion und durch sämtliche hiesigen Musikalien- und Musikinstrumenten-Handlungen. Alle auf die Anstalt bezüglichen Anfragen und Anmeldungen zum Eintritt sind zu richten an den Direktor.

**Hofrat Professor Heinrich Ordenstein, Sofienstrasse 43.**  
Sprechstunde täglich — ausser Sonntags und Feiertags — von 3 bis 4 Uhr nachmittags.

### Residenz-Theater.

Programme vom 1. bis einschliessl. 3. Januar 1919.



<p style="text-align: center;"><b>Waldstr. 30</b> Telephon 5111.</p> <p style="text-align: center;"><b>Das Spiel mit dem Feuer</b> Schauspiel in 4 Akten.</p> <p style="text-align: center;"><b>Lotte Neumann</b> in der Hauptrolle.</p> <p style="text-align: center;"><b>Der Kleinstadt-schreck</b> Schauspiel in 3 Akten.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Schillerstr. 20</b> Ecke Göthestraße.</p> <p style="text-align: center;"><b>Die Nacht des 24. August.</b> Detektivroman in 4 Akten von Danny Kaden.</p> <p style="text-align: center;"><b>Wenn die Liebe...!</b> Lustspiel in 3 Akten</p> <p style="text-align: center;"><b>Der preisgekrönte Storch.</b> Komödie.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Durlach</b> zum Grünen Hof.</p> <p style="text-align: center;"><b>Rafaëla</b> Schauspiel in 4 Akten mit</p> <p style="text-align: center;"><b>Erna Morena</b> und <b>Harry Liedke</b> in den Hauptrollen.</p> <p style="text-align: center;"><b>Das Fräulein und der Papa</b> Lustspiel in 3 Akten.</p> <p style="text-align: center;"><b>Der uneigennützig. Heiratsvermittler.</b> Komödie. 268</p>
--	--	--



### Arbeiter-Notizkalender 1919.

Mit dem Lebensabriß und dem Bildnis Albert Duf's

Aus dem sonstigen Inhalt: Ueber das Gedächtnis — Die Reform des Reichstagswahlrechts — Mieteingangsämter und Mieter-schutz — Schutz dem Auge — Die Gewerkschaften im vierten Kriegsjahre — Schütz dich vor der Ruhr — Eisenbahnfahrpreise — Gepäcktarif — Postgebühren — Reichhaltiges Adressen-Material: Partei- und Gewerkschaftsadressen und Notizkalender

Preis gebunden 1,50 M.  
Vorrätig bei der  
**Buchhandlg. Volksfreund**  
Luisenstraße 24.

#### Achtung!

Vom Felde zurück, empfehle mich in solider Mak- und Reparaturarbeit. Spezialität: Umändern von Militärstiefeln. 256

**M. Eisele, Schuhmacher**  
Luisenstraße 69, 2. Stod.

Zu verkaufen ein gut erhaltener Klappportwagen, ein Klapp-hinderstuhl, eine eiserne Kinderbettstatt. 257

Soffenstraße 99, 5. Stod.

### Sozialdem. Partei Karlsruhe.

**Frauensektion.**

Am Freitag, den 3. Januar 1919, abends 8 Uhr,  
im „Auerhahn“, Schützenstraße 58

### Mitgliederversammlung

Da wichtige Wahlarbeiten zu erledigen sind, ist es Pflicht unserer Mitglieder, vollständig der Versammlung anzuwohnen.

**Der Frauenausschuß.**

### Bekanntmachung über Bezugsheine.

Infolge der Einschränkung der Bezugsheinplicht werden die Bezugsheinstellen: Wilhelmstraße, Bernhardtstraße, Rheinstraße (Drei Linden) und Gebeilstraße ab 1. Januar 1919 aufgehoben.

Alle noch benötigten Bezugsheine werden von da ab Friedrichsplatz Nr. 5 ausgestellt.

Karlsruhe, den 30. Dezember 1918.  
Städtische Bekleidungsstelle.

### Achtung!

## Geschäfts-Empfehlung.

Nachdem mir vom Kommunalverband Durlach-Band die Genehmigung zum Fleisch- und Wurstverkauf am hiesigen Platze erteilt worden ist mit der Auflage, vor Geschäftseröffnung eine Kundenliste vorzulegen, mache ich die hiesige verehrl. Einwohnerschaft darauf aufmerksam, daß diejenigen, die sich bei mir in die Kundenliste eintragen lassen wollen, dies bei der nächsten Fleischartenabgabe auf dem Rathaus anmelden müssen.

**Kagenauer, Metzger, Weingarten.**

### Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die fortbildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen usw. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren. Fortbildungspflichtig sind gemäß § 1 desselben Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.

Zu widerhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Mark bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).

Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärts hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur versuchs- oder probeweise aufgenommen sind.

Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von den Eltern, Arbeits- oder Lehrherren beim Klassenlehrer unter genauer Angabe der Adresse abzumelden.

Karlsruhe, den 1. Januar 1919. 2139  
Das Volksschulrektorat.

### Oeffentliche Versteigerung.

Am Freitag, den 3. Januar 1919, vorm. 9 Uhr, gelangen auf dem Gutshofe Hedwigs Hof bei Gillingen an den Meistbietenden gegen Verzählung zur Versteigerung:

- 1 Zuchteber und 20 Zuchtschweine,
- eine Herde von 70 Zuchtschafen mit Lämmern,
- ein Schäferhund und zwei Ziegen; ferner
- 1 Preisfahnenwagen, 51 Frischblechfenster, einige tausend Wohnstangen, Ackergeräte, Räder und Küchengeräte. 6611

„Reichsvermögensverwaltung“.  
Abt. Lebensmittelamt, Karlsruhe i. B.

### Preuß.-Südd. Klassenlotterie

5 Ziehungen mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien von über 72 Millionen Mark

Erneuerungs- und Kauflose 1. Klasse	Kosten	1/5	1/4	1/3	1/2
Lose zu allen Klassen	25 M. 50 M. 100 M. 200 M.				

Ziehung 1. Klasse 7. und 8. Januar 1919.  
Lose in grosser Auswahl vorrätig bei

**Pecher, Zirkel 30**  
Gewerbe- und Vorschussbank, gegenüber d. „Bad.Presse“.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen

## Dr. med. Rudi Rosenthal

prakt. Arzt 6430

Sprechstunden: wochentags 1/3—4 Uhr.

Karlsruhe-Gartenstadt Auerstrasse 7.  
Rüppurr Telephon 3207.

Vom Felde zurück habe ich meine Praxis als

## Rechtsanwalt

wieder aufgenommen und übe sie vorläufig in meiner Privatwohnung aus. 6638

**Dr. KAHN**  
Hebelstraße 17 Telephon 1871.

### Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1 Trepp. 6468

**Plüsch-, Tuch- und Seiden-Mäntel**  
**Jacken, Kleider, Röcke, Blusen**  
**Pelze, Muffe, Plüsch-Garnituren.**

Große Auswahl. Tel. 1816. Keine Ladenbesen.

Mühlburg. Mühlburg.

### Metzgerei und Wurstlerei

**Albert Schneider, Hardtstraße 28**

Telephon Nr. 2348

Eröffnung: Mittwoch, den 8. Januar 1919.

An diesem Tage ist Wurstverkauf für die eingeschriebenen Stunden. Eintragung in die Kundenliste erbeten. 6623

Meiner sehr verehrl. Kundschaft übermittle ich zum Jahreswechsel

### die herzlichst. Glück- u. Segenswünsche!

Zugleich danke ich allen, die mir während der harten Kriegszeit ihre Unterstützung zuteil werden lassen und bitte, mir solche auch weiterhin gütigst angedeihen lassen zu wollen. 251

**Frau Otto Moos, Friseurgeschäft,**  
R.-Beiertheim, Eickelstr. 20.

Unserer werten Kundschaft, Freunden und Bekannten

### Die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel!

**Bäckermeister Friedrich Ammer**  
Morgenstraße 29. 250

Unseren werten Gärten, Freunden und Bekannten

### Herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahre!

**Josef Bastian und Frau**  
Elte Brauerei Schruppel. 261

Unserer werten Kundschaft, Freunden und Bekannten

### Die besten Glückwünsche zum neuen Jahr!

**Friedrich Reich und Frau**  
Mineralwasserfabrik, Humboldtstrasse 11. 272

„Schloß Rüppurr“

Unseren werten Gästen, Freunden und Gönnera wünschen wir ein 264

### „Herzliches Neujahr“

**Martin Hain und Frau.**